



An die
Landkreise
in Sachsen-Anhalt

Integration
Az.: 103-55/kö
Tel.: 0391/56531-20
fiebig@landkreistag-st.de

25. Februar 2019

Rundschreiben Nr. 134/2019

Integration im ländlichen Raum

- 1. Integrationsprojekt der Robert-Bosch-Stiftung**
- 2. Fachkommission „Integrationsfähigkeit“ der Bundesregierung**

Kurzfassung:

1. Auf einer Konferenz in Berlin wurden erste Ergebnisse des Förderprogramms „Land.Zuhause.Zukunft“ der Robert-Bosch-Stiftung vorgestellt. In das Programm sind derzeit sechs Landkreise eingebunden. Präsentiert wurde insbesondere ein im **Landkreis Harz** erarbeitetes Konzept zum kommunalen individuellen Integrationsmonitoring.
2. Die von der Bundesregierung berufene Fachkommission „Integrationsfähigkeit“ hat ihre Arbeit aufgenommen. Mitglieder der Kommission sind auch die Landrätin des Landkreises Gießen und der Landrat des Landkreises Dachau.

1. Integrationsprojekt der Robert-Bosch-Stiftung

Im Rahmen ihres Förderprogramms „Land.Zuhause.Zukunft - Integration und Teilhabe von Neuzuwanderern in ländlichen Räumen“ veranstaltete die Robert-Bosch-Stiftung am 21. Februar 2019 eine Konferenz in Berlin. Dabei wurden auch erste Ergebnisse des laufenden Projektes vorgestellt, darunter auch eine Expertise zum individuellen Integrationsmonitoring.

Konferenz in Berlin mit zahlreichen Vertretern aus den Landkreisen

Unter den mehr als 200 Teilnehmenden der Konferenz waren auch Vertreter aus fast fünfzig Landkreisen.

Eröffnet wurde die Veranstaltung mit einem Impuls zu den Perspektiven der Integration in ländlichen Räumen von Staatsministerin *Annette Widmann-Mauz*. Die Beauftragte der Bundesregierung für Flüchtlinge, Migration und Integration begrüßte das

Albrechtstr. 7
39104 Magdeburg

Tel. (0391) 56 53 1 - 0
Fax (0391) 56 53 1 - 90

E-Mail : verband@landkreistag-st.de
Internet : www.kommunales-st.de

Stadtparkasse Magdeburg
IBAN: DE98 8105 3272 0037 0030 87
BIC: NOLADE21MDG

Projekt der Robert-Bosch-Stiftung und verwies auf die besonderen integrativen Potenziale der ländlichen Räume. Nicht zuletzt mit Blick auf die Integrationskurse sprach sie sich dafür aus, möglichst viele Kompetenzen auf die kommunale Ebene zu verlagern, namentlich die Befugnis zur Zusteuerung von Kursteilnehmern.

Am Nachmittag haben die sechs unmittelbar in das Projekt eingebundenen Landkreise Coburg, Goslar, **Harz**, Ludwigslust-Parchim, Prignitz und der Vogtlandkreis erste Ergebnisse aus dem Förderprogramm vorgestellt:

- So berichteten Vertreter der Landkreise Goslar und Ludwigslust-Parchim über die Entwicklung eines modularen bzw. eines dezentralen Integrationskonzepts auf Landkreisebene.
- Der Landkreis Coburg erläuterte seine Bemühungen im Handlungsfeld „Migration und Pflege“.
- Förderungsgegenstand im Landkreis Prignitz ist die zivilgesellschaftliche Beteiligung von Neuzuwanderern.
- Im Vogtlandkreis beschäftigt man sich schwerpunktmäßig mit dem Übergangsmangement aus den Integrationskursen.

In einer zweiten Runde von Workshops wurden weitere Themen intensiv diskutiert. Dazu gehörten die besonderen Bedarfe und Anforderungen, die in ländlichen Räumen im Hinblick auf Sprach- und Integrationskurse bestehen. Ferner ging es um Aspekte einer strategischen Integrationspolitik, um die Bedeutung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes oder auch um die zentrale Frage, wie es gelingen kann, Neuzuwanderer dauerhaft an die ländlichen Räume zu binden.

Den Abschluss der Veranstaltung markierte eine Podiumsdiskussion an der u. a. Staatssekretär *Dr. Markus Kerber* aus dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat sowie Landrat *Thomas Brych* (Landkreis Goslar) teilnahmen.

Kommunales individuelles Integrationsmonitoring (KiIM) als Instrument kommunalpolitischer Gestaltung

Zu den Teilnehmern des Förderprogramms gehört auch der **Landkreis Harz**. Dieser konnte auf der Veranstaltung sein Projekt zum Datenmonitoring vorstellen. Parallel dazu wurde eine Kurz-Expertise veröffentlicht, in der vorgeschlagen wird, mit Hilfe eines neuen Instrumentes, dem Kommunalen individuellen Integrationsmonitoring (KiIM), Integrationsverläufe und wesentliche Informationen wie Sprachkenntnisse oder berufliche Fähigkeiten individuell zu erfassen und die Daten besser zu vernetzen. Zugewanderte Menschen könnten so Beratung leichter in Anspruch nehmen und schneller Zugang zu passenden Integrationsangeboten erhalten. Den unterschiedlichen kommunalen Stellen wie Migrationsberatungen, Jobcentern und Sprachkursträgern ermöglicht die zentrale Verwaltung der Daten, ihre Arbeit effizienter zu gestalten.

Die hier als **Anlage** beigefügte Expertise ist Auftakt einer Reihe von Publikationen im Rahmen des Programms der Robert-Bosch-Stiftung, auf die wir die Landkreise nach Erscheinen jeweils hinweisen werden. Diese sowie weitere Unterlagen stehen auch auf der Projekt-Homepage www.land-zuhause-zukunft.de zur Verfügung.

2. Fachkommission Integrationsfähigkeit

Die Bundesregierung hat eine „Fachkommission Integrationsfähigkeit“ berufen, die am 20. Februar 2019 zu ihrer konstituierenden Sitzung im Bundeskanzleramt zusammengekommen ist. Die Landkreise sind in der Kommission durch Landrätin *Anita Schneider*, Landkreis Gießen, und Landrat *Stefan Löwl*, Landkreis Dachau, vertreten.

Die Kommission soll einerseits strukturelle Fragen bearbeiten. Dazu können bspw. die ausreichende Versorgung mit Kitas, Schulen, Wohnraum oder der Zugang zum Arbeitsmarkt und die integrationspolitischen Auswirkungen von Maßnahmen wie etwa der Wohnsitzauflage gehören.

Zudem ist vorgesehen, dass sich die Kommission auch sozio-kulturellen Fragen widmet. Hierunter kann beispielsweise fallen, wie interkulturelle Kompetenz in Schulen vermittelt werden kann, sowie politische Bildung oder die Frage, wie Werte unseres Zusammenlebens - etwa Gleichberechtigung - besser in die Familien hinein vermittelt werden können. Auch kann thematisiert werden, welche Rolle Religion und Weltanschauung für Integration und Zuwanderung spielen.



Theel

Anlage